

Stand 5

Konzept zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen

- Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht

Informations-/Dialogangebot zu:

- Strategieorientierte längerfristige Potenzialfelder

Chart 2.9.2: Analyse der kommunalen Situation Aktueller Status des Haushaltes 2010

"Gernsbach lebt seit 2008 über seinen finanziellen Verhältnissen" (Prof. Kölz Herbst 2009)

Aufgabenstruktur und Dienstleistungsangebot ist im Verhältnis zur Größe und zur Finanzkraft der Stadt deutlich überentwickelt. Ausbau zukunftsrelevanter Dienstleistungen ist nicht finanzierbar.

Gernsbach z\u00e4hlt in 2010 zu den 8 h\u00f6chst verschuldeten Kommunen im Regierungsbezirk Karlsruhe

	Kernverwaltung	Eigenbetrieb	Gesamt
Schuldenstand (in T€)	13.760	6.360	20.120
Schuldenstand/ Einwohner (in €)	952	440	1.392
Im Vergleich Ø BW (in €)			956

Ertragskraft des VwH ist unzureichend, es kann keine nennenswerte Zuführungsrate zum VmH erwirtschaft werden. Genehmigung des Haushaltsplans 2010 durch Aufsichtsbehörde nur mit Auflagen:

- umgehende Ergreifung von Einsparungsmaßnahmen im VwH
- Genehmigung zukünftiger Kredite nur nach erfolgten Einsparungen



Chart 2.9.3: Analyse der kommunalen Situation Prognose der Entwicklung der Gemeindefinanzen bis 2013

Haushaltsplanung 2011(Prof. Kölz, Herbst 2009)

- Dramatische Entwicklung des VwH aufgrund reduzierter FAG-Zuweisungen.
- Ausgaben und Tilgungsraten übersteigen die Einnahmen um 1.700 TEUR
- Reduzierung der Rücklagen auf gesetzlichen Mindestbestand (Entnahme 700 TEUR)
- Neuverschuldung zur Realisierung geplanter Maßnahmen um 2.900 TEUR

Mittelfristige Finanzplanung bis 2013

Annahme: positiver Konjunkturverlauf, Vorkrisenniveau der Einnahmen wird spätestens 2014 erreicht.

-	positiver Saldo im VwH von	1.800 TEUR
-	negative Nettoinvestitionsrate	- 500 TEUR
-	Neuverschuldung zur Realisierung geplanter Maßnahmen	6.100 TEUR
	(ohne Einsparungen im VwH nicht genehmigungsfähig)	

- Schuldenstand 17.600 TEUR

- Rücklagen 700 TEUR

- Einnahmen (positives Krisenszenario) reichen nicht aus, um lfd. Ausgaben und Tilgungsraten zu finanzieren. Geplante Maßnahmen im VmH (Vermögenserwerb und Baumaßnahmen) können nicht realisiert werden. Sanierungsstau bei Straßen, Brücken und städtischen Immobilien gefährdet den Erhalt geschaffener Werte. Kalkulatorische Abschreibungen werden nicht refinanziert, die Substanz der Vermögenswerte wird verzehrt.



Chart 2.9.4: Analyse der kommunalen Situation Prognose der Entwicklung der Gemeindefinanzen bis 2020

langfristige Finanzplanung 2014-2020

- Annahme: Keine neuen Krisenszenarien, positiver Konjunkturverlauf
- positiver Saldo im VwH von (Einnahmen-Ausgaben)

4.400 TEUR

negative Nettoinvestitionsrate

- 15.000 TEUR

- Ifd. Ausgaben können finanziert werden
- Tilgungsraten können nicht mehr bedient werden.
- kalk. Abschreibungen können nicht erwirtschaftet werden (Substanzverzehr)
- keine Investitionsspielräume für neue Projekte und Erhalt der Infrastrukturen.

Um zukünftig kommunalpolitisch gestaltbare Spielräume zu gewinnen, ist ein Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik und eine konsequente und nachhaltige Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Struktur im Verwaltungshaushalt unerlässlich.



Analyse der kommunalen Situationen Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse der Stadt

Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg kommt in ihrem Prüfungsbericht vom Juni 2010 zu dem Ergebnis, dass "die Grenze der Belastbarkeit des Haushalts überschritten und die dauernde Leistungsfähigkeit gefährdet ist"

- Leistungskraft des Verwaltungshaushalts (Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt)
 - Zuführungsrate liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt
 - Nettoinvestitionsrate liegt erheblich unter dem Landesdurchschnitt
 - Leistungskraft verschlechtert sich im Zeitraum 2011-2013 trotz höherer Steuern, Zuweisungen und Gebühren ganz erheblich
- Einnahmen des Verwaltungshaushaltes
 - Erhöhungspotenzial bei Hebesätzen, Gebühren bzw. Entgelten ist ausgeschöpft
 - Einnahmereserve bei Benutzungsentgelten für die Hallen
- Tilgungsverpflichtungen aus Kreditschulden
 - ➤ Finanzierung kann nicht aus den Zuführungen des Verwaltungshaushaltes geleistet werden (Lücke 1,0 Mio. €)

Chart 2.10: Analyse der kommunalen Situationen Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung

- Breiter, gewachsener Katalog an Pflicht- und freiwilligen Aufgaben
- Vergleichbar großer Leistungsumfang aufgrund vieler freiwilliger personalkostenintensiven Einrichtungen und Veranstaltungen (GPA-Bericht)
- Aufgaben- und Dienstleistungsspektrum wächst weiter
- Vermehrung der Aufgaben sowie gebundene personelle und finanzielle Mittel begrenzen zunehmend stärker die Leistungsfähigkeit
- Verfügbare Ressourcen werden für die Erfüllung der bestehenden Aufgaben gebunden
- Kein Spielraum für neue gestaltende Aufgaben
- Personalvolumen und Personalkosten höher als Landesdurchschnitt
- Hoher Eigenanteil bei der Aufgabenerfüllung in der Kernverwaltung
- Geringe interkommunale Zusammenarbeitsrate



Chart 2.11: Analyse der kommunalen Situation

Stadtentwicklung und Kommunalpolitik

- Ausgeprägte dezentrale Stadtstruktur (Verwaltungsreform, Stadtzentrum und Ortsteile)
- Geringer Unternehmens- und Branchenmix mit entsprechender Abhängigkeit und Risiko
- Ausgeprägte redundante Infrastruktureinrichtungen (kostenintensiv und unterausgelastet)
- Dezentrale Identität und ausgeprägtes Ortsteildenken
- Teilortsfokussierte politische Entscheidungsstrukturen (wenig Synergieeffekte)
- Konsensgeprägtes Gestalten und Entscheiden
- Schwach ausgeprägter gemeinsamer Gestaltungswille für die Stadtentwicklung
- Verwaltungsmodernisierung hat bisher geringe Priorität
- Fehlende Gesamtstrategie und langfristige Planung

Kernziele der Haushaltsstabilisierung

Die Analyse der aktuellen Situation und der mittel-/langfristigen Perspektiven der kommunalen Finanzen zeigt die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Erreichung von 4 Kernzielen auf

- 1. Sicherung der kommunalen Autonomie
- 2. Stärkung der Ertragskraft des Verwaltungshaushaltes
- 3. Reduzierung des Schuldenstandes
- 4. Wiedergewinnung von Investitionsspielräumen



Chart 3.5: Handlungsbedarf und Handlungsfelder

Die strategische Bilanzierung zeigt 10 wichtige Handlungsfelder der Kommunalpolitik auf, in denen konkrete Planungen und Veränderungen kurzfristig begonnen werden müssen.

- 1. Erarbeitung einer Gesamtstrategie für die kommunale Entwicklung bis 2020.
- 2. Schaffung einer Kultur des stadtteilübergreifenden Denkens und Handelns sowie Geschlossenheit in Kommunalpolitik und Verwaltung.
- 3. Vereinbarung auf ein **verbindliches Stadtleitbild** mit Orientierungsfunktion für alle kommunalen Planungen und Entscheidungen.
- 4. Konzentration auf die Verwaltungsaufgaben mit Pflichtcharakter und Wertschöpfungsbeitrag für die Verbesserung der Standortfaktoren.
- 5. Weiterentwicklung zu einer **stabilen Kommune im ländlichen Raum** mit ausgeprägten Mittelzentrumsfunktionen und einem stabilen Familienanteil.
- 6. Ausgestaltung einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik.
- 7. Anpassung und Neuordnung der sozialen und technischen Infrastruktureinrichtungen.
- 8. Förderung und Weiterentwicklung von Wirtschaft und Arbeit.
- 9. Förderung der Stadtidentität und Erschließung des bürgerschaftlichen Engagements.
- 10. Wiedergewinnung finanzieller Handlungsspielräume und Konsolidierung des Verwaltungshaushaltes.

Ergebnisse der Klausurtagung des Gemeinderates am 21.05.2010



Matrix: Beschlüsse und Empfehlungen zu den Umsetzungsaufträgen an den Bürgermeister / die Verwaltung

	Strategische Zielfelder	FBVG	CDU	SPD	Sprecher
1	Gesamtstrategie Kommunale Entwicklung 2020	✓	~	~	✓
2	Stadtteilübergreifendes Denken und Entscheiden	Erhalt unechte Teilortswahl	Erhalt unechte Teilortswahl	Igfr. Abschaff. unechte Teilorts- wahl	Erhalt unechte Teilortswahl
3	Verbindliches Stadtleitbild Gernsbach 2020	~	✓	~	~
4	Konzentration auf Pflichtaufgaben und Standortfaktoren	· •	~	Einzelfall- entscheidung	✓
5	Stabile Kommune mit stabilen Familienanteil	Konkurrenz zu Ziel 7	✓	✓	✓

Ergebnisse der Klausurtagung des Gemeinderates am 21.05.2010



Matrix: Beschlüsse und Empfehlungen zu den Umsetzungsaufträgen an den Bürgermeister / die Verwaltung

6	Strategische Zielfelder Zukunftsorientierte Seniorenpolitik	FBVG	CDU ✓	SPD ✓	Sprecher ✓
7	Anpassung der sozialen und technischen Infrastrukturen	✓	~	✓ Einzelfall- entscheidung	Altern. Betreibermodelle
8	Stärkung Bürgerschaftliches Engagement	✓	✓	~	✓
9	Förderung von Wirtschaft und Arbeit	~	~	~	✓
10	Finanzielle Handlungsspielräume und Konsolidierung Haushalt	~	~	Einzelfall- entscheidung	Vermeidung. Doppel- potenziale



Konzept und Wege zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen Das Gesamtkonzept zur Stabilisierung des Haushaltes besteht aus 5 Bausteinen

- 1. Aufbau wichtiger Kompetenzen, Nutzung betriebswirtschaftlicher Methoden und Einführung von Planungs- und Steuerungsprozessen.
- 2. Erschließung von Wachstum bei Bevölkerung und Wirtschaft sowie jährliche Anpassung der Gebühren und Beiträge zur Verbesserung der Einnahmesituation
- Verkauf von Immobilien und Nutzung der Erlöse zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes
- 4. Reduzierung der Ausgaben auf das Niveau vergleichbarer Kommunen durch
 - Konzentration auf Pflichtaufgaben und Dienstleistungen zur Entwicklung bzw. Verbesserung der Standortfaktoren
 - Anpassung der Infrastrukturen an den Bedarf und die Bevölkerungsentwicklung
 - Einführung von Dienstleistungsstandards
 - Effizienzsteigerung in Kommunalpolitik und Verwaltung
 - Einführung alternativer Betreibermodelle und Ausbau bürgerschaftliches Engagement
- 5. Bildung von **Rücklagen** zum Ausgleich konjunkturbedingter und finanzausgleichsbedingter Einnahmeschwankungen



Forderungen und Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt

- Beseitigung der strukturellen Defizite
- Konsequente Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung
- Überprüfung und Begrenzung des konsumtiven Angebotes
- Verschlankung der Arbeitsabläufe in der Verwaltung
- Konzentration auf die originären Verwaltungsaufgaben
- Realisierung neuer Investitionsprojekte aus Eigen- und Fördermittel
- Verringerung des Kreditbedarfs durch Nutzung der Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung

Quelle: GPA Baden-Württemberg 28.06.2010